

Pressemitteilung

München, den 10. Juli 2019

Gribl: „Digitalisierung darf keinen Menschen zurücklassen.“

- *Städte verbinden analoge und digitale Gesellschaft.*
- *Digitale Transformation braucht moderne Breitband- und Mobilfunkversorgung.*

Wenn digitale Anwendungen im privaten Leben bei Online-Einkauf und Reisebuchung das Leben erleichtern, weckt dies Erwartungen an das Rathaus. Wer von zu Hause aus im Internet ein Auto kauft, will nicht zur Zulassungsstelle gehen, sondern würde das Auto am liebsten vom Sofa aus anmelden. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl: **„Die Digitalisierung treibt die Städte zum Wandel und führt zum Einsatz smarter und digitaler Dienste. Städte und Gemeinden sind bereit, die Verwaltung umzubauen. Dies muss gut geplant sein und darf nicht um jeden Preis geschehen: Denn bei aller Begeisterung für das technisch Machbare darf Digitalisierung keinen Menschen zurücklassen. Das Rathaus ist ein Ankerpunkt, der sich digital wandelt und gleichzeitig analog erreichbar bleibt. Städte und Gemeinden verbinden analoge und digitale Gesellschaft. Sie erbringen die Daseinsvorsorge für alle Menschen. Die Verlässlichkeit der Städte in der analogen Welt ist der Maßstab für den kommunalen Digitalisierungsprozess.“**

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt, das Wirtschaftsleben und die Gesellschaft. Mit diesem digitalen Veränderungsprozess wandeln sich die Städte. Smartphones, Tablets, Online-Shopping, Twitter und Instagram beschleunigen das Leben, machen es teilweise komfortabler und teilweise komplexer. Gribl: **„Die Grundvoraussetzung für die digitale Transformation ist eine flächendeckende technische Infrastruktur in Stadt und Land mit einer modernen Breitbandversorgung und Mobilfunkversorgung.“**

Der digitale Wandel in Kommunen sorgt für ein komplexes Spannungsfeld. Der digitale Wandel erfordert Kreativität mit Gestaltungswillen und birgt das Risiko, gelegentlich zu scheitern. Städte müssen ein Maß finden zwischen analogem Zeitaufwand und digitaler Beschleunigung von Kommunikationsprozessen. Neue Technologien erfordern Offenheit.

Dabei ist gleichzeitig Vorsicht geboten, um die Kontinuität einer seriösen und verantwortungsvollen Verwaltung sicherzustellen. Das Verhältnis muss ausgewogen bleiben, um neue Datenquellen erschließen zu können und Daten zu veredeln, darüber aber nicht den Schutz von Daten und der persönlichen Belange der Menschen zu verletzen. Städte dürfen nicht zu Getriebenen der Interessen der Wirtschaft werden, sie wägen Chancen und Gefahren von technischen Innovationen ab.

Städte und Gemeinden gehen die Herausforderungen selbstbewusst an. Gribl: „**Die digitale Stadt schafft Teilhabe und schließt keinen Menschen aus. Städte erbringen ihre Daseinsvorsorge für alle, für technisch affine Menschen ebenso wie für die Menschen, die nicht online sind – sei es aus Altersgründen oder weil sie sich teure Geräte nicht leisten können. Die Stadt vertritt auch die Interessen der Menschen, die sich digital kein Gehör verschaffen können. Die digitale Stadt ist kommunikativ und ergreift technische Möglichkeiten zum Informations- und Meinungsaustausch.**“

Digitalisierung verändert die Entscheidungsfindung in den Städten und Gemeinden. Neue digitale Möglichkeiten zur Meinungsäußerung in Internet, Twitter, Facebook, Youtube und Instagram animieren zur Beteiligung. Der analoge Diskurs geschieht in Bürgerversammlungen und klassischen Medien (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen). Bürgerbegehren tragen zur kommunalen Entscheidungsfindung bei. Die Wut von Betroffenen entlädt sich heute digital schneller als früher bei Bürgerinitiativen der 1970er Jahren mit hektographierten Flugblättern, mit Leserbriefen und Demonstrationen. Gribl: „**Social Media erleichtern die Entwicklung, dass laute Minderheiten sich mehr Geltung verschaffen als schweigende Mehrheiten. Kommunalpolitik darf nicht die bevorzugen, die sich am lautesten zu Wort melden und Stimmungen ausnutzen, um ihre Interessen effektvoll zu präsentieren. Kommunalpolitik vertritt die Interessen Aller. Deshalb werden auch künftig gewählte Bürgermeister und Stadträte eine tragende Rolle spielen und für Ausgleich sorgen.**“

Weitere Informationen auf:

staedtetag.blog